

## ZUR EINFÜHRUNG - INTRODUCTION

JÜRGEN ELVERT

Im Kontext der neuzeitlichen europäischen Geschichte hat der hier in den Blick genommene Raum stets einen der zentralen Brennpunkte dargestellt. Aus wirtschafts- und sozialhistorischer Sicht konnte sich hier seit dem Mittelalter ein enges Geflecht von Verbindungen entwickeln, in dem auf unterschiedlichen Ebenen rege Beziehungen gepflegt wurden. Politisch hat der Raum, der heute das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich Belgien und das Königreich der Niederlande ausmacht, durchgehend eine wichtige geostrategische Position gegenüber mindestens drei der fünf großen europäischen Mächte besessen. Bis 1648 waren das die Habsburger Monarchie, Frankreich und England, seit dem 18. Jahrhundert dann Frankreich, Großbritannien und Preußen bzw. Deutschland. Die *longue durée* kann hier nicht im Detail in den Blick genommen werden, uns interessieren vielmehr die Verhältnisse seit dem 19. Jahrhundert. Seither haben sich die politischen und ökonomischen Gewichte in diesem Raum im Verhältnis zu den großen Nachbarmächten noch einmal grundlegend verschoben. Diese Gewichtsverlagerungen beeinflussten nicht nur die Geschichte der betroffenen Staaten, sondern die ganz Europas bis in die unmittelbare Gegenwart hinein erheblich. Das wird insbesondere dann deutlich, wenn man die Ebene der Nationalgeschichte und die der bi- bzw. multilateralen Beziehungen verlässt und die europäische Geschichte insgesamt in den Blick nimmt.

Damit komme ich zu den zwei meinen Überlegungen zugrunde liegenden Ausgangsthesen. Die erste These geht davon aus, dass die insbesondere nach der Reichsgründung von 1871 in den Niederlanden und Belgien geführte sicherheitspolitische Diskussion und die daraus beiderseits der belgisch-niederländischen Grenze gezogenen Schussfolgerungen die Voraussetzung waren für die im Benelux-Raum der 1950er Jahre ausgeprägt vorhandene Zustimmung zur Implementierung eines supranational organisierten europäischen Gemeinschaftsraums war. Diese zwei knüpft hier an und geht davon aus, dass diese Bereitschaft eine der zentralen Voraussetzungen für die erfolgreiche Implementierung des nachkriegszeitlichen europäischen Integrationsprozesses gewesen ist.

Dieses Beispiel weist darauf hin, dass die Zäsur 1945, die bis dato von der Geschichtswissenschaft, vornehmlich der deutschen, unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Jahrzwölfts vorgenommen wurde und das 20. Jahrhundert gleichsam in zwei Teile geteilt hat, revidiert werden sollte, wenn man eine dezidiert europäische Geschichtssicht nutzt. Ich denke, dass die zunehmende Distanz zu einem historischen Phänomen es der Historiographie erleichtert, die langfristigen Zusammenhänge genauer zu erkennen. Wir haben das schon vor etwa zwei Jahrzehnten am Beispiel der Zwischenkriegszeit gesehen, die noch bis weit in die 80er Jahre hinein in eine „gute“ – die Weimarer – und eine „schlechte“ – die nationalsozialistische – Hälfte unterteilt wurde. Davon ist heute kaum noch die Rede, das Interbellum wird in der Regel als Einheit betrachtet. Warum sollte das nicht auch für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts insgesamt gelten?

Doch zurück zum eigentlichen Betrachtungsgegenstand. Die 1860er Jahre standen unter dem Vorzeichen der Bismarck'schen Kriege gegen Dänemark und

Österreich. Sie stellten sowohl für Belgien als auch für die Niederlande einen tiefen Einschnitt dar – in politischer, sicherheitspolitischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht. Die unterschiedliche geographische Lage der beiden Königreiche führte zu voneinander abweichenden Einschätzungen möglicher Konsequenzen einer preußisch-deutschen Reichsgründung. Als besonders problematisch wurde die Entwicklung in Belgien beurteilt. Hier erkannte man rasch, dass das erst wenige Jahrzehnte alte Königreich zwischen den französischen und den preußischen Interessen zerrieben zu werden drohte. Die seit 1839 bestehende Garantieverpflichtung Großbritanniens wurde in diesem Zusammenhang als nicht zwangsläufig gegeben angesehen. So ließ ein Statement Lord Palmerstons, demzufolge eine Garantiebestimmung zwar ein Interventionsrecht, keineswegs aber eine Interventionsverpflichtung enthalte, berechtigte Zweifel daran zu, ob Großbritannien Belgien wirklich unter allen Umständen helfen würde.<sup>1</sup> Damit war die relative Schutzlosigkeit des in seiner Souveränität zu diesem Zeitpunkt völkerrechtlich immer noch eingeschränkten belgischen Königreichs offensichtlich geworden. Wie berechtigt entsprechende Sorgen waren, bestätigte ein – von Bismarck übrigens gebilligter – Artikel in der Londoner Times von 1870, demzufolge 1866 eine preußisch geduldete Annexion Belgiens durch Frankreich in preußisch-französischen Gesprächen durchaus in Erwägung gezogen worden war. Entsprechende Gerüchte hatten rasch europaweit die Runde gemacht und ließen aus belgischer Sicht Napoléon III. als Hauptgefahr erscheinen. Dennoch kam eine Anlehnung an Preußen nicht in Frage, weil das preußische Vorgehen gegen Dänemark gezeigt hatte, welches Schicksal einem kleinen Nachbarstaat Preußens bzw. des Deutschen Bundes drohen konnte, wenn preußische oder deutsche Interessen tangiert waren. Wenn 1864 noch ein Zusammengehen mit Frankreich einen möglichen Ausweg geboten zu haben schien, war dies nach 1866 für Belgien keine ernsthafte Alternative mehr. Stattdessen wurden in Brüsseler Regierungskreisen erste Stimmen hörbar, die in einer engeren Zusammenarbeit, möglicherweise sogar Föderation mit Holland Schutz vor französischen oder deutschen Annexionsgelüsten suchen wollten.

Aus niederländischer Sicht kam eine solche Option jedoch nicht in Frage – trotz mancher durchaus wohlwollender Kommentare aus regierungsnahen Kreisen. Hier setzte man – anders als beim südlichen Nachbarn – auf konsequente Neutralität, die militärische Zusammenarbeit oder gar Bündnisse mit Dritten kategorisch ausschloss. Aber auch im Haag wurde das Vorgehen und die Erfolge Preußens von 1864 und 1866 mit Sorge betrachtet. Spätestens nach 1866 war in niederländischen Regierungskreisen klar, dass eine Neuausrichtung der eigenen Außenpolitik dringend vorgenommen werden musste. Noch vor 1864 hatte aus niederländischer Sicht die eigentliche Hauptgefahr im Süden gelegen, einmal aus historischen Gründen, zum anderen, weil die außenpolitischen Ambitionen des französischen Kaisers nur schwer einschätzbar waren. Nach 1866 schien sich dagegen so etwas wie eine zwei-Fronten-Situation herausgebildet zu haben, gegen Frankreich und gegen Preußen. Letzteres war nunmehr offensichtliche Vormacht im Deutschen Bund geworden, dem die Niederlande über Luxemburg und Limburg selber angehörten. Die Bereitschaft des niederländischen Königs, sein Großherzogtum an den französischen Kaiser zu verkaufen, um so Ruhe vor des-

1 Horst Landemacher, Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik 1830–1914, Bonn 1971, S. 255.

sen Machtbestrebungen zu haben und damit zugleich über einen Bündnispartner gegenüber Preußen zu verfügen, zeigt deutlich, wie gefährlich die Lage im Haag eingeschätzt wurde.

Bekanntlich hatte Bismarck auch diesen Plan durchsickern lassen, damit zu Fall gebracht und so Luxemburg den Weg in die – zunächst noch relative – Unabhängigkeit und Neutralität gebahnt. Gleichwohl blieb in den Niederlanden die Befürchtung bestehen, dass sich die Großen auf Kosten der Kleinen arrangieren könnten. Vor diesem Hintergrund gewannen in der niederländischen Öffentlichkeit Preußen-kritische Stimmen an Gewicht, die das zuvor durchaus vorhandene Preußen-Bild vom „germanischen Brudervolk“, Glaubensbruder und Mitstreiter gegen den Ultramontanismus und kontinentales Gegengewicht gegen Frankreich zunehmend überschattete. Diese veränderte Wahrnehmung war freilich primär an die Person Bismarck gekoppelt, der nun gerade im niederländischen protestantisch-konservativen Lager als ein zynischer und unchristlicher Machtpolitiker erschien, der die alte, christlich-legitime Ordnung Europas mit revolutionären Handstreichern zerstören wollte. Zusätzliche Nahrung erhielt dieser wachsende Anti-Borussismus durch manch deutsches publizistisches Traktat, in dem ein engerer Anschluss Hollands an Preußen und Deutschland gefordert wurde – man denke z. B. an Treitschkes Aufsatz „Die Republik der Vereinigten Niederlande“ von 1869.

Insofern kann es nicht überraschen, dass die Sympathien der Niederländer nach dem Ausbruch des Krieges von 1870/71 mehrheitlich auf Seiten Frankreichs lagen – trotz der Abneigungen gegen Napoléon III, dem die Schuld am Kriegsausbruch angelastet wurde. Zudem zeigte die Mobilisation der niederländischen Truppen erschreckende Mängel sowohl in der Heeresorganisation wie im Festungswesen – was zum Sturz der amtierenden Regierung führte. Aber auch die neue Regierung setzte trotz einiger Verbesserungen des Militärwesens auf strikte Neutralität, wenngleich die Stimmen im Lande lauter wurden, die eine grundsätzliche Überprüfung dieser Haltung einforderten – was übrigens von Gerüchten über erneute preußische Annektionspläne in Bezug auf Luxemburg und Zweifel an der Bereitschaft Großbritanniens, im Falle einer Neutralitätsverletzung aktiv in das Kriegsgeschehen auf dem Kontinent einzugreifen, zusätzlich genährt wurde.

Weder wurde Luxemburg annektiert, noch die niederländische oder belgische Neutralität verletzt, und Großbritannien auch nicht vor die Wahl gestellt, zu intervenieren oder eine Neutralitätsverletzung zu dulden. Das ist freilich weniger auf den Willen der preußischen oder der französischen Entscheidungsträger zurückzuführen, die Integrität des Benelux-Raums zu wahren, sondern war ein Ergebnis des Kriegsverlaufs, in dem sich entsprechende Fragen so nicht stellten. Wäre es opportun gewesen, hätte Bismarck Luxemburg ohne Zweifel zugunsten einer Verbesserung der geostrategischen Position Preußen-Deutschlands gegenüber Frankreich preisgegeben, ja möglicherweise sogar die Annexion Belgiens durch Frankreich akzeptiert.

Im Grunde war das auch den Verantwortlichen im Haag und in Brüssel klar, und insofern reagierten sie zunächst erleichtert auf den preußischen Sieg und die Reichsgründung. Von einigen Schrammen abgesehen, waren sie unversehrt aus dem deutsch-französischen Krieg hervorgegangen. Gleichwohl hatte der Krieg deutlich gezeigt, wie verwundbar die beiden Königreiche und das Großherzogtum angesichts des weiterhin bestehenden deutsch-französischen Antagonismus

waren. Beiderseits der belgisch-niederländischen Grenze löste das Ende des Krieges Staunen, Unbehagen und Bedenken aus. Schließlich lag die Wiener Ordnung, deren inhärentes Balanceprinzip gerade den europäischen Kleinstaaten eine ganze Weile zumindest die Illusion des Schutzes vor den Ambitionen großer Nachbarmächte gegeben hatte, nunmehr endgültig in Trümmern. Der Ordnung halber sei erwähnt, dass es weniger die deutsche Einheit war, die das spürbare Unbehagen auslöste – diese wurde allgemein als berechtigt angesehen –, sondern die Art und Weise, wie Bismarck die Einigung herbeigeführt hatte – eben auf dem Rücken einer Reihe von kleinen Staaten. Dass Belgien und Holland letztlich verschont geblieben waren, hielten schon 1871 viele aufmerksame Beobachter des Geschehens für ein Wunder.

Die Beurteilungen des Friedensschlusses fielen entsprechend aus. Belgischerseits ging man nicht davon aus, dass sich die eigene delikate geostrategische Position nach der Niederlage Frankreichs grundlegend verbessert hatte. Frankreich sei infolge des Verlusts Elsaß-Lothringens zwar geschwächt, bliebe aber eine europäische Großmacht und besitze immer noch größeres politisches Gewicht, als es das Frankreich Ludwigs XIV. besessen habe, so das Fazit des belgischen Gesandten in Bayern, Jules Greindl. Es sei daher mit einer baldigen Wiedererstarkung des Nachbarn im Süden zu rechnen, der das Übergewicht des Reiches in wenigen Jahren wieder ausgleichen werde. Daraus folgerte er, dass es im deutsch-französischen Verhältnis niemals zu einer dauerhaften Friedensregelung kommen könne – nicht zuletzt deshalb, weil an die Stelle des Kabinettkrieges nun der Volkskrieg getreten sei.<sup>2</sup> Für Emile Banning, den Berater des Königs in außenpolitischen Fragen, lag daher der Schluss nahe, dass « cette catastrophe (die Schlacht von Sedan) en écartant définitivement de la Belgique tout péril d'invasion devint le point de départ d'une phase nouvelle de sa neutralité; la période active succèdera à la période diplomatique. »<sup>3</sup>

Welche Überlebenschancen aber besaß ein Kleinstaat überhaupt zwischen zwei einander feindlich gesinnten Großmächten, der zudem für beide das geradezu idealtypische Aufmarschgebiet in einem Kriegsfall war? Die belgische Regierung versuchte, diese Frage mit einer Doppelstrategie zu beantworten – einerseits setzte man die Politik der strikten Neutralität auf der europäischen politischen Bühne fort, andererseits wurde der militärischen Landesverteidigung deutlich größere Aufmerksamkeit als zuvor gewidmet. Aber der verstärkte Festungsbau – insbesondere im Maastal, in Namur, Lüttich und Antwerpen – strapazierte den Staatshaushalt über Gebühr und warf überdies bald schwierige innen- und sozialpolitische Probleme auf.

Im Jahre 1887 zog der Generalsekretär im Brüsseler Außenministerium Auguste Lambermont eine nüchterne Bilanz der bisherigen Verteidigungsanstrengungen. Er war schon seit 1875 der festen Überzeugung gewesen, dass Deutschland im Falle eines Konfliktes mit Frankreich – mit dessen Ausbruch er über kurz oder lang fest rechnete – auf jeden Fall in Belgien einmarschieren werde, entweder als Garant Belgiens, sofern die Franzosen dazu einen Anlass geben würden, oder aber als Angreifer pur et simple, um des strategischen Vorteils willen. Seine Denkschrift befasste sich daher eingehend mit der europäischen politischen Gemengelage und kam zu dem Schluss, dass die Zugehörigkeit Belgiens zu einer

2 Zitiert nach Lademacher, a.a.O. S. 254.

3 Ebd., S. 255.

Entente europäischer Staaten die beste Lösung wäre – nur war zu diesem Zeitpunkt völlig unklar, wie eine solche Entente zusammengesetzt sein könnte. Wesentlich konkreter wurde er in einem anderen Punkt – er forderte ein Zusammengehen mit den Niederlanden, das einerseits die geopolitische Lage Belgiens (und auch der Niederlande, wie er betonte) erheblich verbessern würde und darüber hinaus geeignet sei, die bestehenden wirtschafts- und handelspolitischen Konflikte zwischen beiden Ländern auszuräumen. Dieser Vorschlag stieß beim belgischen Premierminister Beernaert auf große Zustimmung. Dieser hatte selber schon seit längerem über eine belgisch-niederländische Defensivallianz nachgedacht und bereits in Gedanken gemeinsame Truppenkontingente aufgestellt. So sollte im Raum zwischen Maastricht und Lüttich ein niederländisches Armeekorps zusammen mit einer 60.000 Mann starken belgischen Kampfgruppe für eine Sicherung der Ostgrenze sorgen. Völkerrechtlich ließ sich eine solche Allianz als Maßnahme zur Sicherung der Neutralität beider Staaten rechtfertigen.<sup>4</sup>

Derlei Gedankenspiele, zu denen sich zeitgleich auch Pläne über eine belgisch-holländische Zollunion gesellten, wurden nördlich der Grenze durchaus mit Interesse verfolgt. So stand König Wilhelm III. dem Gedanken einer Annäherung beider Staaten aufgeschlossen gegenüber und dachte über eine dynastische Verbindung beider Königshäuser durch eine spätere Heirat des belgischen Prinzen Baudouin mit seiner kleinen Tochter Wilhelmina nach. Auch in Amsterdamer Handlungskreisen wurden die Folgen eines wirtschaftlichen Zusammengehens mit dem Nachbarn im Süden positiv bewertet. Letztlich blieben entsprechende Überlegungen jedoch ohne konkrete Folgen. Der Umgang mit dem niederländischen Kolonialbesitz im Rahmen einer Zollunion hatte sich als ein um 1890 nicht lösbares Problem herausgestellt. Auch wurde die eigene Sicherheitslage als deutlich unproblematischer eingeschätzt als die belgische und man hielt die eigenen Streitkräfte für stark genug, um die Neutralität des Landes gegenüber Angreifern verteidigen zu können. Und selbst wenn deutsche Truppen durch das Land marschieren würden, glaubte man, neutral bleiben zu können, indem man sich einfach hinter die Wasserlinie zurückzog.

Die relative Gelassenheit, die aus dieser Langeinschätzung spricht, steht im Gegensatz zur Aufregtheit von 1871. Das seinerzeit herrschende Misstrauen gegenüber dem neugegründeten Reich und seiner politischen Führung hatte sich infolge der auf Erhalt des Status quo in Europa gerichteten Politik Bismarcks gelegt. Mitte der 1870er Jahre war eine Studie im niederländischen Außenministerium sogar zu dem Schluss gekommen, dass der preußisch-deutsche Sieg über Frankreich von Vorteil für das eigene Land gewesen sei, da ein Sieg Frankreichs mit großer Wahrscheinlichkeit die Annexion des linksrheinischen Gebiets nach sich gezogen und so den Untergang der Niederlande und Belgiens bedeutet hätte. Zudem seien Luxemburg und Limburg aus dem deutschen Bundessystem herausgelöst und der König dort zum uneingeschränkten Souverän geworden, was künftige Verwicklungen nach dem Muster Dänemarks ausschließe. Manche Beobachter erklärten sogar das „deutsche Schwert zum Beschützer Belgiens und Hollands“, weil die monarchische Staatsform im Reich der Pariser Kommune vorzuziehen sei. Ein weiterer Grund für diesen niederländischen Paradigmenwechsel lag in dem bemerkenswerten Wirtschaftsaufschwung, den die Niederlande im Zuge der Gründerjahre erlebt hatten. Der Rhein war schon 1870 von

4 Zitiert nach: Lademacher, a.a.o., S. 270.

allen Zöllen befreit worden und konnte sich erfolgreich gegen konkurrierende Infrastrukturprojekte wie den „Eisernen Rhein“, die Bahnstrecke Köln-Antwerpen, behaupten. Infolge des deutschen Exportbedürfnisses nach 1871 hatte sich Rotterdam zu einem blühenden Rheinhafen entwickelt, der vom Aufschwung der Industrie an Rhein und Ruhr profitierte und binnen kurzem Amsterdam als niederländische Handelsmetropole ablöste.

Angesichts solcher Erfolge war man in den Niederlanden gerne bereit, jene Stimmen aus dem Reich zu überhören, die angesichts der Bedeutung der Niederlande für den deutschen Wirtschaftsaufschwung einen engeren Zusammenschluss beider Staaten etwa zu einer Zollunion forderten. Andere sahen im niederländischen Kolonialreich sogar ein geradezu idealtypisches Gebiet, mit dem alle deutschen kolonialen Ambitionen auf einen Schlag befriedigt werden konnten.

Ihren Höhepunkt erlebte die neu erwachte niederländische Deutschfreundlichkeit in der Regierungsperiode Abraham Kuypers von 1901 bis 1905, dessen christlich-patriarchalische und organische Staatslehre sich weitgehend aus deutschen Vorbildern speiste.<sup>5</sup> Auf deutscher Seite wurde die niederländische Aufgeschlossenheit gegenüber dem Reich und seiner Kultur freilich in einem ganz anderen, von holländischer Seite so zweifellos nicht gewollten Sinne genutzt: Der Schlieffen-Plan, der in diesen Jahren ausgearbeitet wurde, stellte den deutschfreundlichen Kurs der Regierung Kuyper bei dem vorgesehenen Durchmarsch durch südniederländisches Gebiet in Rechnung. Wie sehr sich die deutschen Planungen dabei von einer niederländische Kooperationsbereitschaft ausgingen, zeigt der Verzicht auf den Einbezug südniederländischen Territoriums in der revidierten Fassung des Plans unter der Ägide Moltkes, nachdem die Nachfolger Kuypers wieder auf größere Distanz zum Reich gegangen waren.<sup>6</sup>

Ein zentraler Bestandteil des Schlieffen-Plans blieb nach 1905 freilich der Durchmarsch deutscher Truppen durch belgisches Hoheitsgebiet. Darüber machten sich die politisch Verantwortlichen in Brüssel keine Illusionen. Freilich waren die Kräfteverhältnisse nach 1904 (*Entente cordiale*) und 1905 (Rücktritt der Regierung Kuyper) sowie unter dem Eindruck des deutsch-britischen Flottenwettrennens deutlich verteilt, so dass Belgien sich an die beiden großen Westmächte anlehnen konnte – nicht zuletzt auch deshalb, weil man, anders als um 1890, davon ausging, dass Großbritannien die belgische Neutralität nötigenfalls aktiv unterstützen würde. Wenn Henri Haag<sup>7</sup> oder Jean Stengers<sup>8</sup> in jüngerer Zeit betonten, dass die belgische Staatsführung den Schlieffen-Plan und die sich daraus ergebenden Gefahren für Belgien einfach ignoriert hätten, so ist das sicher zutreffend – allerdings kannten sie ihn in groben Zügen. Hier stellt sich dann die Frage, welche Alternativen es dazu denn gegeben hätte. Dass die Deutschen die Neutralität Belgiens im Kriegsfall mit Frankreich verletzen würden, war seit den 1870er Jahren fester Bestandteil aller sicherheitspolitischen Planspiele gewesen. Aufgrund der eigenen beschränkten Defensivmöglichkeiten, dem Scheitern der

5 Vgl. dazu z.B. Frieso Wielenga, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, S. 68.

6 Ebd., S. 66 f.

7 Henri Haag, *Le Comte Charles de Broqueville, ministre d'état, et les luttes pour le pouvoir (1910–1940)*, 2 Bde., Louvain-la-Neuve/Brüssel 1990.

8 Jean Stengers, « L'entrée en guerre de la Belgique », in: *Guerres mondiales et conflits contemporains*, 179 (1995), S. 13–33.

Allianz mit den Niederlanden und der klaren Kräftebündelung nach 1904 in Mittel- und Westmächte blieb nur noch die Anlehnung an den Westen und die Hoffnung auf britisches Eingreifen im Falle einer Verletzung der eigenen Neutralität. Das wird spätestens 1912 in einem Bericht des belgischen Gesandten in Rumänien an König Albert deutlich. Hier wurde detailliert ein Gespräch mit dem rumänischen König beschrieben, der bei diesem über die deutschen Kriegsplanungen im Westen sprach. Der Bericht schloss mit dem lakonischen Satz „le miracle de 1870 ne se produirait plus“.<sup>9</sup>

Ich habe ein Kapitel europäischer Geschichte behandelt, dass m. E. zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Sicher – in Darstellungen zur belgischen und niederländischen Geschichte wird es berücksichtigt, aber in deutschen, französischen oder britischen Studien zur Geschichte des langen 19. Jahrhunderts wird diese Problematik in der Regel vom Antagonismus der Großmächte überschattet. Ferner fällt auf, dass sich auch die belgische und niederländische Historiographie in der jüngeren Vergangenheit nur am Rande und recht unsystematisch mit dem Thema befasst hat. In der deutschen Geschichtswissenschaft haben die Studien Horst Lademacher aus den 1960er und 1970er Jahren zuletzt umfassend behandelt, in Frankreich die Arbeiten Marie-Thérèse Bitschs von Anfang der 1990er Jahre. Was freilich fehlt, ist eine umfassende und systematische, aus den Akten geschöpfte Neubewertung des Themas, die weniger aus der nationalen Perspektive, sondern aus einer entschieden europäischen Sicht heraus verfasst werden sollte. Welche Potentiale darin schlummern, lässt sich am Beispiel der Lambermont-Denkschrift aus dem Jahre 1887 zeigen. Er hatte seinerzeit eine messerscharfe Analyse der europäischen politischen Problematik vorgenommen und daraus einige aus der Sicht der europäischen Integrationshistoriographie bemerkenswerte Schlüsse gezogen. So konstatierte er zum Beispiel, dass die Sicherheit Belgiens nur in einer Entente der europäischen Staaten gewährleistet werden könnte, von der er freilich nicht wusste, wie diese aussehen sollte. Als zweitbeste Lösung empfahl er eine Allianz mit den Niederlanden, nicht nur in sicherheitspolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Damit hat er im Prinzip die Leitlinien formuliert, die dann im Wesentlichen von Paul-Henri Spaak, Jan-Willem Beyen und Joseph Bech im Rahmen des Messina-Prozesses der 1950er Jahre verfolgt wurden – bezeichnenderweise wiederum in einer Zeit, in der das europäische Integrationsprojekt aufgrund nationalstaatlicher Interessenpolitik zu scheitern drohte. Ein Blick in die Erinnerungen insbesondere Spaaks zeigt, wie sehr dessen Denken von der geradezu ausgeweglenen Problematik seines Landes geprägt war, das über Jahrzehnte zwischen den nationalen Interessen und Ambitionen zweier Großmächte zerrieben zu werden drohte. Die sich daraus für ihn, aber auch für die anderen Repräsentanten der Benelux-Staaten ergebenden Konsequenzen waren klar: Man musste das Problem an der Wurzel packen und solche Institutionen schaffen, die die Wahrung nationaler Interessen auf eine supranationale Ebene hoben.

Insofern stellt die Geschichte des Benelux-Raums im Spannungsfeld der europäischen Großmächte des 19. und 20. Jahrhunderts ein Lehrstück dar für die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten europäischer Politik. Als unmittelbare

9 Zitiert nach: Benoît Amez, *Dans les tranchées: les écrits non publiés des combattants belges de la Première Guerre mondiale : analyse de leurs expériences de guerre et des facteurs de résistance*, Paris 2009, S. 278.

Nachbarn und Beteiligte sind wir, denke ich, hierzulande gut beraten, uns intensiver als bisher mit diesem Thema zu befassen. Das betrifft nicht nur die Forschung und sollte durchaus weitergehen. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass sich dieses Thema gut für Projektwochen in Schulen eignen könnte, auch und gerade in Verbindung mit Exkursionen in die Nachbarländer, um dort ins Gespräch mit Gleichaltrigen zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und den Genius loci zu spüren. Das wäre Geschichte zum Anfassen und würde dazu beitragen, ein zu Unrecht in Vergessenheit geratenes Kapitel europäischer Geschichte mit neuem Leben zu erfüllen.

Um abschließend noch einmal kurz zu den eingangs formulierten Thesen zurückzukommen: Ich habe versucht zu zeigen, dass die Erfahrungen, die die Benelux-Staaten in der Zeit des europäischen Hochimperialismus gemacht hatten, die Haltung derselben Staaten zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses nachhaltig geprägt haben. Die offensichtliche Unlösbarkeit des Problems, als Kleinstaat zwischen rivalisierenden Interessen der großen Mächte auf Dauer unbeschadet überleben zu können sorgte in diesem Raum für eine Integrationsdynamik, die die drei anderen, am Integrationsprozess der 1950er Jahre beteiligten Staaten mitzog und damit half, bestehende Schwierigkeiten infolge der EVG-Krise von 1954 zu überwinden. Damit habe ich freilich auch gezeigt, wie wichtig der Einbezug des 19. Jahrhunderts in alle Studien ist, die sich mit Fragen der europäischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts befassen. Schließlich wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts all jene Strukturen und Denkmuster geprägt, die das europäische Einigungswerk nach 1950 überwinden wollte, die freilich dessen Verlauf bis in die Gegenwart selber nachhaltig beeinflusst haben.

Die Forschergruppe „Ces Chers Voisins“, der Historikerinnen und Historiker aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland angehören, möchte mit ihren Aktivitäten dazu beitragen, den staatlichen, institutionellen und persönlichen Beziehungen in diesem Teil Europas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dazu fand seit 2007 eine Reihe von Tagungen statt, in Strasburg, Louvain-la-Neuve, Brüssel und Köln. Bei den in diesem Band versammelten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten und aktualisierten Fassungen von Vorträgen, die in Köln anlässlich der Konferenz „Ces Chers Voisins. Benelux, Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert“ zwischen dem 19. und 21.11.2008 gehalten wurden. In diesem Zusammenhang sei zunächst der Stadt Köln gedankt, die den Veranstaltern den Ratssaal zur Verfügung gestellt hatte. Ohne die tatkräftige und großzügige Unterstützung der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hätte das ganze Projekt nicht durchgeführt werden können, dafür geht ein großer Dank von Köln nach Düsseldorf! Doch auch die anderen Freunde, Förderer und Unterstützer des Vorhabens sollen hier nicht vergessen werden. Mein Dank geht in diesem Zusammenhang an: die Universität Robert Schuman, Strasbourg, die Universität Catholique Louvain-la-Neuve, die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien, das Institut Français, Köln, die Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, das Staatsministerium des Großherzogtums Luxemburg, das Außenministerium des Königreichs der Niederlande, die Stiftung-Bundeskanzler Adenauer-Haus, Rhöndorf, sowie an das Zentrum für Europäische Studien der Universität zu Köln. Bei den Autorinnen und Autoren dieses Bandes bedanke ich mich für die Geduld, da sich die Drucklegung dieses Buches immer wieder verzögert hat. Das hängt zusammen mit dem Grundprinzip der „Studien zur Geschichte der Euro-



päischen Integration“, die durch die Dreisprachigkeit den wissenschaftlichen Diskurs in Europa vertiefen möchte. Leider führt dieser Vorsatz immer wieder zu Verzögerungen, was auch als Hinweis darauf gelesen werden kann, dass dem grenzübergreifenden Wissenschaftsdiskurs in Europa gelegentlich immer noch ganz handfeste sprachliche Grenzen im Wege stehen. Zu danken ist schließlich auch Sebastian Funk und Kristina Weiß dafür, dass sie auch die hartnäckigsten Probleme im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieses Buches lösen konnten. Ein Beitrag, der auf der Kölner Tagung auf große Resonanz stieß, konnte leider nicht mehr gedruckt werden.

Jörg Engelbrecht von der Universität Duisburg-Essen hatte über „Neutral-Moresnet. Ein Kuriosum im deutsch-belgischen Grenzraum“ berichtet. Am 09.06.2012 jedoch verstarb der Inhaber des Lehrstuhls für die Landesgeschichte der Rhein-Maas-Region, Direktor des Instituts für niederrheinische Kulturgeschichte und Regionalentwicklung und hochgeschätzter Kollege viel zu früh im Alter von nur 60 Jahren. Dieser Band sei daher dem Andenken an Jörg Engelbrecht gewidmet.

## INTRODUCTION

JÜRGEN ELVERT

L'espace dont il est question ici a toujours représenté un des points principaux dans le contexte de l'Histoire des temps modernes en Europe. Du point de vue économique et socio-historique un lacis étroit de relations s'y est développé depuis le moyen-âge. Dans ce lacis, on a entretenu des rapports intenses à différents niveaux. D'un point de vue politique, l'espace qui comprend aujourd'hui le grand-duché de Luxembourg, le Royaume de Belgique et le Royaume des Pays-Bas a toujours disposé d'une importante position géostratégique à l'égard d'au moins trois des cinq plus grandes puissances européennes, à savoir la Monarchie de Habsbourg, la France et l'Angleterre jusqu'en 1648, et depuis le XVIII<sup>e</sup> siècle la France, la Grande-Bretagne, la Prusse, puis l'Allemagne. Ici, on ne peut pas prendre en compte la longue durée en détail, nous nous intéresserons plutôt aux relations à partir du XIX<sup>e</sup> siècle. Depuis ce temps-là, la valeur de la politique et de l'économie dans le Benelux a connu un plus grand changement que dans les grands États. Ce changement de valeur n'a pas seulement une influence sérieuse sur l'Histoire des États concernés mais plutôt sur celle de toute l'Europe jusqu'aujourd'hui. Cela devient surtout évident lorsque l'on quitte l'échelon de l'Histoire nationale et celle des relations bi- ou multilatéral pour poser le regard sur l'Histoire européenne en tout.

J'en arrive à la présentation de mes deux thèses initiales qui constituent la base de mes réflexions: la première d'entre elles part du principe que la discussion au sujet de la politique de sécurité, qui a eu lieu surtout après la fondation de l'Empire de 1871 aux Pays-Bas et en Belgique, ainsi que les conclusions tirées chaque côté de la frontière belgo-néerlandaise étaient la condition préalable pour l'approbation, répandue dans le Benelux dans les années 50, de la mise en œuvre d'un espace de communauté européenne organisé de façon supranational. La deuxième est basée sur la première et suppose que cette motivation était une des conditions principales pour la mise en œuvre couronnée de succès du processus d'intégration européen d'après-guerre.

Cet exemple laisse penser qu'il fallait réviser la césure de 1945 si on est résolu de se servir d'un point de vue européen sur l'Histoire. Sous l'impression des douze ans d'influence des nazis (1933-1945), les historiens, essentiellement en Allemagne, ont divisé le XX<sup>e</sup> siècle quasiment en deux parties jusqu'à présent. Je crois que la prise de recul croissante par rapport à un phénomène historique facilite aux historiens une reconnaissance plus précise des rapports à long terme. Nous l'avons déjà vu il y a environ deux décennies à l'exemple de l'entre-deux-guerres, époque que l'on a divisé jusque dans les années 80 en une « bonne » moitié, la période de Weimar, et en une « mauvaise », la moitié national-socialiste. Aujourd'hui, il n'en est presque plus question, en général, l'entre-deux-guerre est considéré comme une unité. Pourquoi cela ne serait-il pas également valable pour l'Histoire du XIX<sup>e</sup> et du XX<sup>e</sup> siècle dans sa totalité?

Mais revenons à notre sujet de départ. Les années 1860 étaient marquées par les mauvais augures que représentaient les guerres bismarckiennes contre le Danemark et l'Autriche. Sur les plans politique, économique et culturel, et sur le plan de la politique de sécurité elles représentaient non seulement pour la Bel-

gique, mais encore pour les Pays-Bas une profonde coupure. La position géographique différente des deux royaumes menait à des jugements divergents concernant les conséquences que pourrait avoir la fondation d'un Empire germano-prussien. On estimait qu'elles seraient particulièrement problématiques pour la Belgique. On reconnut vite que les intérêts français et prussiens menaçaient d'écraser le royaume âgé de quelques décennies entre eux. On estimait que l'obligation de garantie que l'on avait depuis 1839 envers la Grande-Bretagne n'était pas forcément valable dans ce contexte. Ainsi, une déclaration publique de Lord Palmerston, selon laquelle une disposition de garantie signifiait certes un droit d'intervention mais absolument pas une obligation d'intervention, permettait que l'on doute que la Grande-Bretagne apporte vraiment son aide en toutes circonstances. Ainsi, la relative absence de protection du royaume belge dans sa souveraineté encore restreinte en droit international devenait de plus en plus évidente. Un article publié en 1870 dans le journal londonien « The Times », d'ailleurs approuvé par Bismarck, confirme des tels soucis. Selon cet article, en 1866, la Prusse et la France avaient tout à fait envisagé l'annexion de la Belgique par la France, ce que la Prusse tolérerait. En conséquence, des rumeurs avaient rapidement circulé, et pour l'opinion publique belge, Napoléon III était devenu le principal danger. Il était tout de même hors de question de se tourner vers la Prusse, car la manière dont celle-ci avait agi contre le Danemark avait montré quel destin pouvait menacer un petit État voisin de la Prusse ou plutôt de la Confédération germanique, si des intérêts allemands ou prussiens étaient touchés. Alors qu'en 1864 une coopération avec la France semblait offrir une issue à la Belgique, après 1866 cela ne représentait plus une alternative sérieuse. Au contraire, au sein du gouvernement commencèrent à s'élever des voix qui voulaient aller chercher une protection contre les envies d'annexion de la France et de l'Allemagne dans une collaboration étroite, peut-être même dans une fédération, avec la Hollande.

Pour les Pays-Bas une telle option n'entraînait pas en ligne de compte même si l'on entendait bien plus d'un commentaire bienveillant de la part de l'entourage des membres du gouvernement. A la différence de leur voisin du Sud, les Pays-Bas misaient sur la neutralité conséquente qui excluait catégoriquement aussi bien toute collaboration militaire que toute alliance. Même à La Haye, on considérait la manière d'agir et les victoires de la Prusse de 1864 et de 1866 avec inquiétude. Au plus tard après 1866, il fut évident pour le gouvernement des Pays-Bas qu'il fallait effectuer une nouvelle orientation de la propre politique extérieure de toute urgence. Du point de vue néerlandais, encore avant 1864, le véritable danger principal s'était trouvé dans le sud. D'un côté pour des raisons historiques, de l'autre côté parce que les ambitions de la politique extérieure de l'empereur français n'étaient que difficiles à estimer. Après 1866, par contre, une sorte de situation sur deux fronts semblait avoir pris forme: contre la France et contre la Prusse. Cette dernière était désormais devenue l'évidente puissance hégémonique de la Confédération germanique dont les Pays-Bas, le Luxembourg et Limbourg faisaient eux-mêmes partie. Le fait que le roi néerlandais fut prêt à vendre son grand-duché à l'empereur français pour ainsi être quitte de sa soif de puissance et disposer en même temps d'un allié contre la Prusse montre clairement qu'à La Haye on estimait la situation comme dangereuse.

Comme chacun sait, en ayant laissé filtré ce plan, Bismarck l'avait fait échouer et avait ainsi permis au Luxembourg de se frayer un chemin vers l'indépendance et à la neutralité (relatives au début). Néanmoins, aux Pays-Bas demeurait la

crainte que les grands puissent s'accorder aux frais des petits. Au vu de ces événements, les voix critiques vis à vis de la Prusse gagnèrent en importance dans l'opinion publique néerlandaise. Une ombre fut jetée sur l'image tout à fait présente de la Prusse comme peuple fraternel germanique, comme frère de foi et comme camarade de combat contre l'ultramontanisme et comme contrepoids continental contre la France. Toutefois, cette perception différente était a priori associée à la personne de Bismarck qui apparut dans le camp des Néerlandais conservateurs-protestants comme un homme politique d'hégémonie cynique et non chrétien qui voulait détruire l'ordre établi, chrétien-légitime en Europe par un coup de main révolutionnaire. Certains opuscules journalistiques allemands, qui revendiquaient un rattachement étroit de la Hollande à la Prusse, alimentaient aussi le camp contre ce prussisme exagéré qui grandissait au Pays-Bas. Pensons par exemple à l'essai de Treitschke «Die Republik der Vereinigten Niederlande» [la République des Pays-Bas Unis] de 1869.

Sur ce point il n'est pas surprenant qu'après le déclenchement de la guerre de 1870 la sympathie des Néerlandais aille majoritairement à la France malgré l'aversion pour Napoléon III auquel on reprochait le déclenchement de la guerre. De surcroît, la mobilisation des corps néerlandais montrait des défauts éfrayants, non seulement dans l'organisation de l'armée, mais encore dans la construction des forteresses ce qui mena à la chute du gouvernement en fonction. Mais malgré certaines améliorations au niveau militaire, le nouveau gouvernement misait également sur une neutralité catégorique bien que les voix qui revendiquaient un contrôle fondamental de cette position devenaient de plus en plus fortes dans le pays. De plus, des rumeurs à propos de nouveaux projets d'annexion de la Prusse visant le Luxembourg et des doutes quant au fait que la Grande-Bretagne soit prête à intervenir activement dans les événements d'une guerre sur le continent en cas de violation de la neutralité nourrissaient cette position.

Le Luxembourg ne fut pas annexé, ni la neutralité néerlandaise ou belge blessée si bien que la Grande-Bretagne ne fut pas confrontée au choix entre intervenir ou tolérer la violation de la neutralité. Cela est toutefois moins dû à la volonté des décideurs prussiens ou français qui voulaient garder l'intégrité de la région du Benelux mais c'était le résultat du déroulement de la guerre dans laquelle de telles questions ne se posaient pas. Si cela avait été opportun, Bismarck aurait sans aucun doute abandonné le Luxembourg en faveur d'une amélioration de la position géostratégique de l'Allemagne prussienne à l'égard de la France, peut-être même aurait-il accepté l'annexion de la Belgique par la France.

Au fond c'était clair pour les responsables à La Haye et à Bruxelles et sur ce point ils réagirent tout d'abord avec soulagement face à la victoire prussienne et à la fondation d'un Empire. Mises à part quelques éraflures, ils étaient ressortis intacts de la guerre franco-prussienne. Néanmoins, la guerre avait montré clairement que les deux royaumes et le grand-duché étaient quand même vulnérables face à l'antagonisme franco-prussien qui continuait à se maintenir. De chaque côté de la frontière belgo-néerlandaise la fin de la guerre provoqua de l'étonnement, de la gêne et des réflexions. Finalement, l'ordre public de Vienne était définitivement en ruine. Pendant un bon moment, son principe d'équilibre inhérent avait justement donné aux petits États européens au moins l'illusion de bénéficier d'une protection contre les ambitions des grandes puissances voisines. Par souci de l'ordre, il fallait mentionner que c'était moins l'unification alle-

mande qui déclenchait la gêne qui se faisait sentir (en général, on la considérait comme légitime) mais la manière dont Bismarck avait atteint l'unification, c'est-à-dire au détriment d'un nombre important de petits États. Beaucoup d'observateurs attentifs aux événements considéraient, déjà en 1871, comme un miracle le fait que la Belgique et la Hollande aient en fin de compte été épargnées.

Le jugement de l'accord de paix était à l'avenant. Les Belges ne supposaient pas que leur délicate position géostratégique s'était améliorée essentiellement après la défaite de la France. Selon le bilan que dressa Jules Greindl, l'envoyé diplomatique belge en Bavière, à la suite de la perte de l'Alsace-Lorraine, la France était certes affaiblie mais elle restait une grande puissance européenne et possédait toujours une plus grande importance politique que l'avait possédée la France de Louis XIV. C'est pourquoi il prévit de reconsolider rapidement le voisin du Sud, ce qui compenserait quelques années plus tard la prépondérance de l'empire. Il en conclut qu'on n'arriverait jamais à une convention de paix durable entre la France et l'Allemagne, notamment parce qu'une guerre des peuples avait remplacé la place guerre ministérielle. Pour Emile Banning, le conseiller du roi en matière de politique extérieure, la conclusion que « cette catastrophe [la bataille de Sedan] en écartant définitivement de la Belgique tout péril d'invasion devint le point de départ d'une phase nouvelle de sa neutralité; la période active succèdera à la période diplomatique » tomba sous le sens.

Quelles possibilités de survie avait un petit État qui était situé entre deux grandes puissances hostiles à l'égard l'une de l'autre, et qui, de surcroît, représentait en quelque sorte pour chacune le territoire idéal pour se déployer en cas de guerre. Le gouvernement belge essaya de répondre à cette question avec une double stratégie : d'un côté on poursuivit la politique de neutralité catégorique sur la scène politique européenne, de l'autre la défense nationale militaire bénéficia de nettement plus d'attention qu'auparavant. Mais la construction intensifiée d'ouvrages de défense, surtout dans la vallée de la Meuse, à Namur, à Liège et à Anvers, poussèrent le budget de l'État à bout et souleva, en outre, des problèmes au niveau de la politique intérieure et de politique sociale.

En 1887, le secrétaire général du ministère des Affaires étrangères à Bruxelles, Auguste Lambermont, tira un bilan lucide des efforts fournis jusque-là pour la défense. Depuis 1875, il avait déjà la conviction véhémement qu'en cas de conflit avec la France, il comptait que tôt ou tard celui-ci déclencherait, l'Allemagne envahirait en tout cas la Belgique soit en tant que garant pour la Belgique, à moins que les Français en donnèrent l'occasion, soit en tant que assaillants « purs et simples » pour l'avantage stratégique. C'est pour cette raison que, dans son mémorandum, il s'occupa à fond de la situation politique confuse en Europe et arriva à la conclusion que l'appartenance de la Belgique à une entente des États européens était la meilleure solution. Mais à ce moment-là, la façon dont s'engendrerait une telle entente n'était pas du tout claire. Il devint plus concret lorsqu'il aborda un autre point, en revendiquant une alliance avec les Pays-Bas qui, d'un côté améliorerait considérablement la situation géopolitique de la Belgique (ainsi que celle des Pays-Bas, comme il le souligna), et d'un autre côté était vouée à régler les conflits en matière de politique économique et commerciale qui existaient entre les deux pays. Le premier ministre belge, Beernaert, était d'accord avec cette proposition. Depuis longtemps celui-ci avait réfléchi à une alliance de défense belgo-néerlandais et avait déjà pré-pensé un contingent de troupes com-

mun. Dans la région qui s'étendait entre Maastricht et Liège, un corps d'armée néerlandais devait assurer la frontière à l'est avec une unité de combat belge comprenant 60.000 hommes. En droit international, on pouvait bien justifier une telle alliance en tant que mesure pour garantir la neutralité des deux États.

Au nord de la frontière on suivait avec intérêt de telles idées, auxquelles s'ajoutaient simultanément des projets d'union douanière belgo-hollandaise. Le roi Guillaume III était favorable à l'idée d'un rapprochement des deux États et réfléchissait à une alliance dynastique entre les deux dynasties royales par un mariage futur du prince Baudoin avec sa petite fille Wilhelmina. Dans des cercles commerciaux d'Amsterdam, on voyait également d'un bon œil les conséquences d'une alliance économique avec le voisin du sud. Finalement, les réflexions que cela engendra restèrent pourtant sans conséquences. Le traitement des possessions coloniales néerlandaises dans le cadre d'une union douanière s'était révélé être un problème non-résoluble aux environs de 1890. On estimait que la propre situation de sécurité posait beaucoup moins de problèmes que celle de la Belgique et on considérait que les propres forces armées étaient assez fortes pour défendre la neutralité du pays contre d'éventuels assaillants. Même si des troupes allemandes défileraient dans le pays, on croyait pouvoir rester neutre en se retirant simplement derrière la ligne de flottaison.

Le flegme relatif qui parle de cette estimation de longue durée est en contradiction avec l'excitation de 1871. La méfiance régnant à l'époque à l'égard de l'empire qui venait d'être fondé et de son gouvernement politique s'était apaisée suite à la politique de Bismarck qui visait le maintien du statu quo en Europe. A la moitié des années 1870, une étude du ministère des affaires étrangères néerlandais avait mené à la conclusion que la victoire germano-prusse sur la France avait été avantageuse pour le pays, car une victoire de la France aurait très probablement entraîné l'annexion de la région à l'ouest du Rhin et aurait par conséquence signifié la chute des Pays-Bas et de la Belgique. De surcroît, le Luxembourg et Limbourg auraient été détachés du système fédéral allemand et le roi serait devenu souverain absolu, ce qui excluait des implications futures selon le modèle du Danemark. Quelques observateurs déclaraient même « l'épée allemande le protecteur de la Belgique et de la Hollande » parce que, dans l'empire, le régime monarchique aurait été préférable à la commune parisienne. Une autre raison pour ce changement de paradigme néerlandais se trouvait dans le boom économique remarquable que les Pays-Bas avaient vécu au cours des années de fondation. Dès 1870, le Rhin avait été libéré de toutes sortes de douane et s'imposait avec succès face à des projets d'infrastructure en concurrence comme le «Rhin de fer», la ligne de chemin de fer Cologne-Anvers. À la suite des besoins d'exportation allemands après 1871, Rotterdam s'était développé en port de Rhin en fleur qui profitait du boom de l'industrie dans la Rhénanie et la Ruhr et remplaçait sous peu Anvers en tant que métropole commerciale néerlandaise.

Face à de tels succès, au Pays-Bas, on était volontiers prêt à ignorer les voix s'élevant au sein de l'empire qui, face à l'importance des Pays-Bas pour le boom économique allemand, demandaient une plus étroite fusion des deux États, par exemple au moyen d'une union douanière. D'autres considéraient même l'empire colonial néerlandais comme une région pour ainsi dire idéale, grâce à laquelle on pouvait satisfaire toutes les ambitions coloniales allemandes d'un seul coup.

L'amitié qui venait de naître à l'égard de l'Allemagne vivait son point culminant de 1901 à 1905 dans la période du gouvernement d'Abraham Kuypers, dont l'idéologie d'État chrétien-patriarcal et organique était calquée, à quelques détails près, sur les modèles allemands. Du côté allemand, on utilisait cette ouverture d'esprit néerlandaise face à l'empire et à sa culture toutefois dans un sens tout à fait différent et sans aucun doute non apprécié du côté hollandais. Pendant le passage prévu dans la région du sud des Pays-Bas, le plan de Schlieffen, élaboré au cours de ces années, facturait la ligne politique germanophile au gouvernement Kuypers. Le renoncement à la prise en compte du territoire des Pays-Bas du Sud dans la version révisée du plan sous l'égide de Moltke, après que les successeurs de Kuypers avaient pris de la distance par rapport à l'empire, montre combien les préparations allemandes comptaient sur la bonne volonté néerlandaise lorsqu'il s'agissait de coopérer.

Après 1905, le passage des troupes allemandes dans le territoire national de la Belgique resta toutefois un point central du plan Schlieffen. Les responsables politiques de Bruxelles ne se firent aucunes illusions. Bien sûr, après 1904 (entente cordiale) et après 1905 (démission du gouvernement Kuypers) ainsi que sous l'impression de la course aux armements de flottes entre l'Allemagne et la Grande-Bretagne les rapports de forces étaient clairement répandus à tel point que la Belgique put se poser contre les deux puissances occidentales. D'autant plus que, à la différence de ce qui s'était passé aux environs de 1890, on partit du principe que, si besoin, la Grande-Bretagne soutiendrait la neutralité belge de façon active. Si Henri Haag ou Jean Stengers soulignèrent tout dernièrement que la gouvernance belge n'avait pas pris le plan Schlieffen et les dangers qui en résultèrent pour la Belgique en considération, cela est sûrement juste, toutefois ils en connaissaient les grandes lignes. Il se pose donc la question de l'alternative il y aurait eu. Depuis les années 1870, il a été un élément fixe de toutes sortes de jeux de stratégie dans la politique de sécurité que les allemands enfreindraient la neutralité de la Belgique en cas de guerre avec la France. En raison de la restriction des propres possibilités de défense, de l'échec de l'alliance avec les Pays-Bas et de la claire focalisation des forces en puissances occidentales et centrales après 1904, la Belgique n'avait plus qu'à se tourner vers l'occident et l'espoir de l'intervention britannique au cas d'une violation de sa neutralité. Cela apparaît à l'évidence au plus tard en 1912 dans un rapport de l'envoyé politique belge en Roumanie au roi Albert dans lequel il l'informe en détail d'une conversation avec le roi roumain durant laquelle celui-ci parla des préparations allemandes en vue d'une guerre à l'ouest. Le rapport conclut avec cette phrase laconique : «le miracle de 1870 ne se produirait plus».

J'ai traité un chapitre de l'Histoire européenne qui est à mon sens en grande partie tombé, à tort, dans l'oubli. Dans des descriptions de l'Histoire belge ou néerlandaise, il est évidemment pris en compte mais dans les études allemandes, françaises ou britanniques sur l'Histoire du long XIX<sup>e</sup> siècle, l'antagonisme des grandes puissances jette généralement une ombre sur cette problématique. De plus, on peut remarquer qu'également l'historiographie belge et néerlandaise n'ont étudié le sujet qu'accessoirement et presque sans méthode dans le passé récent. Dans la science de l'Histoire allemande, les études de Horst Lademacher des années 1960 et 1970 l'ont traité pour la dernière fois en détail, en France, c'étaient les ouvrages du début des années 1990 de Marie-Thérèse Bitsch. Ce qui manque bien sûr, c'est une réévaluation étendue et systématique du sujet, puisée

dans les dossiers, qui devrait être rédigée moins dans la perspective nationale mais incontestablement d'un point de vue européen. L'exemple du mémorandum Lambermont de l'année 1887 montre bien les potentiels qui sommeillent dans ces dossiers. À son époque il avait effectué une analyse aigüe de la problématique politique européenne et il en avait tiré des conclusions remarquables du point de vue de l'historiographie de l'intégration européenne. Il constata par exemple que la sécurité de la Belgique ne pouvait être garantie dans une entente des États européen, dont il ne savait toutefois pas à quoi elle devait ressembler. Comme deuxième meilleure solution, il recommanda une alliance avec les Pays-Bas, pas seulement du point de vue de la politique de sécurité mais aussi de celui de la politique économique. Par cela il a en principe formulé les lignes directrices suivies sur l'essentiel par Paul-Henri Spaak, Jan-Willem Beyen et Joseph Bech au cadre du processus de la conférence de Messine des années 1950. Tout cela se passait à une époque où le projet de l'intégration européenne menaçait d'échouer en raison de la politique d'intérêts des États-nationaux, ce qui en dit long. Un regard dans les souvenirs particulièrement de Spaak montre jusqu'à quel point ses pensées étaient marquées par la problématique désespérée de son pays qui menaçait pendant des années d'être « pilé » entre les intérêts nationaux et les ambitions de deux grandes puissances. Les conséquences qui en résultaient pour lui mais aussi pour les autres représentants des États-Benelux étaient claires : Il fallait saisir le problème à la racine et créer des institutions qui élèveraient la défense des intérêts nationaux à un niveau supranational.

Sur ce point l'Histoire de l'espace Benelux représente un « Lehrstück » [pièce d'apprentissage] pour les frontières, mais aussi pour les possibilités de la politique européenne dans la zone de tension des grandes puissances européennes du XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècle. En tant que voisins immédiats et impliqués nous sommes, je pense, dans ce pays bien inspirés de nous occuper intensivement de ce sujet. Cela ne concerne pas seulement la recherche scientifique et devrait absolument aller plus loin. Je pourrais, par exemple, m'imaginer que ce sujet puisse être adéquat pour des semaines banalisées à l'école, aussi et justement associé à des excursions dans les pays voisins pour y entrer en contact avec des personnes de la même classe d'âge, échanger des expériences et pour y comprendre le genius loci. Cela rendrait l'Histoire accessible aux jeunes et contribuerait à ressusciter un chapitre de l'Histoire européenne à tort tombé dans l'oubli.

Finalement, j'aimerais revenir brièvement aux thèses formulées au début: J'ai essayé de montrer que les expériences faites par les États du Benelux à l'époque de l'apogée de l'impérialisme ont marqué de façon durable la position de ces mêmes États au début du processus d'intégration européenne. L'insolubilité évidente du problème de survivre pour une durée illimitée comme petit État entre des intérêts rivaux des grandes puissances sans dommages mitonna dans cet espace une dynamique d'intégration à qui les trois autres États participants au processus d'intégration des années 1950 se joignirent et ainsi elle aida à surmonter les difficultés qui existaient suite à la crise de la CED de 1954. Par cela, j'ai bien sûr également montré qu'il est important de prendre en compte le XIX<sup>e</sup> siècle dans toute sorte d'études qui s'occupent des questions de l'Histoire européenne de la deuxième moitié du XX<sup>e</sup> siècle. Après tout, tous les structures et modèles de pensées que l'entreprise d'entente européenne voulait surmonter après 1950 se sont formés au cours du XIX<sup>e</sup> siècle et ont bien sûr eux-mêmes influencé durablement son cours jusqu'à présent.



Avec ses activités, le groupe de chercheur « Ces Chers Voisins », dont des historiennes et historiens de la Belgique, du Luxembourg, des Pays-Bas, de la France et de l'Allemagne font partie aimerait contribuer à prêter de l'attention aux relations nationales, institutionnelles et personnelles dans cette partie de l'Europe. Depuis 2007, un nombre important de congrès a eu lieu à ce sujet à Strasbourg, Louvain-la-Neuve, Bruxelles et Cologne. Les articles rassemblés dans ce volume représentent des versions remaniées et actualisées des communications faites à l'occasion de la conférence « Ces Chers Voisins. Benelux, Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert » entre le 19 et 21 novembre 2008. Dans ce contexte, il faut remercier la ville de Cologne qui a mis la salle du conseil municipal à la disposition des organisateurs. Sans le soutien énergique et généreux de la chancellerie du Land de la Rhénanie-Westphalie le projet entier n'aurait pas pu être réalisé. Pour cela, un grand merci de Cologne à Düsseldorf ! Sans oublier tous les autres amis, sponsors et protecteurs du projet. Dans ce contexte je dis merci : à l'université Robert Schuman de Strasbourg, à l'université catholique de Louvain-la-Neuve, à la communauté germanophone de Belgique, à l'Institut Français de Cologne, à la représentation de la commission européenne de Bonn, au ministère d'État du grand-duché du Luxembourg, au ministère des affaires étrangères du royaume des Pays-Bas, à la fondation Bundeskanzler-Adenauer-Haus de Rhöndorf ainsi qu'au centre d'études européennes de l'université de Cologne. Je remercie les auteurs de ce volume pour leur patience, car la mise à l'impression de ce livre a encore et toujours pris du retard. Cela est en rapport avec le principe de base des « Études de l'Histoire de Intégration Européenne » qui aimeraient approfondir le débat scientifique par leur trilinguisme. Malheureusement, cette résolution mène constamment à des ralentissements, ce qui peut être lu en tant qu'indication que, de temps en temps, des frontières linguistiques font toujours obstacle au débat scientifique transfrontalier en Europe. Je veux également exprimer mes remerciements à Sebastian Funk et Kristina Weiß d'avoir résolu même les problèmes les plus coriaces en rapport avec la publication de ce livre.

Un article qui rencontra un écho très positif au congrès de Cologne n'a pas pu être publié. Jörg Engelbrecht de l'université de Duisburg-Essen avait tenu une conférence sur « Neutral-Moresnet. Ein Kuriosum im deutsch-belgischen Grenzraum ». Pourtant, le 9 juin 2012 le titulaire de la chaire pour l'Histoire régionale de la région Meuse-Rhin, directeur de l'institut de l'Histoire culturelle et du développement régional du bas Rhin et un estimé collègue décéda beaucoup trop tôt à l'âge de seulement 60 ans. C'est pour cette raison que ce volume est dédié à la mémoire de Jörg Engelbrecht.

## INTRODUCTION

JÜRGEN ELVERT

The area that is taken into account here has always been one of the major foci in the context of modern European history. From the perspective of socioeconomic history, a tightly knit network of connections with active relations on different levels has developed here since the middle ages. Politically, the space that today encompasses the Grand Duchy of Luxemburg, the Kingdom of Belgium, and the Kingdom of the Netherlands has been a continuous and important geostrategic position for at least three of the five European great powers. Until 1648, those powers were the Habsburg Monarchy, France, and England, and since the 18<sup>th</sup> century France, Great Britain, and Prussia (or Germany). The *longue durée* cannot be taken into account here in detail; we are mainly interested in the conditions since the 19<sup>th</sup> century. Since then, the regional political and economic weights have shifted once again fundamentally in relation to the great neighboring powers. This shift of power did not only influence the history of the affected states significantly, but also Europe's entire history right up until the immediate present. This can be seen clearly when one leaves the level of national history and bi- and multilateral relations and focuses on the collective European history instead.

This is where I form my two initial hypotheses, based on my considerations. The first thesis assumes that the conducted security policy talks between Belgium and the Netherlands, in particular after the foundation of the Reich in 1871, and their mutual conclusions were the requirements for the pronounced approval of the Benelux in the 1950s to implement a supranationally-organised common European space. The second thesis builds upon this foundation and assumes that this willingness was one of the central preconditions for a successful implementation of the post-war process of integration in Europe.

This example indicates that the watershed of 1945, which to date has been conducted under the impression of the twelve years of national-socialism by the – primarily German – science of history and divided the 20<sup>th</sup> century into two parts, should be revised if one wants to utilize a dedicated European view on history. I think that the growing distance to a historical phenomenon facilitates the identification of long-term contexts for historiography. We have already seen this happen two decades ago with the example of the interwar period, which used to be divided into a “good” half – the Weimar Republic – and a “bad” half – Germany under national-socialism – well into the 80s. Hardly anyone mentions this nowadays. The interwar period is usually considered a singular unit. Why should this not also apply to the overall history of the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> century?

But let us return to the actual subject-matter. The 1860s stood under the augury of Bismarck's wars against Denmark and Austria. They posed deep recesses for both Belgium and the Netherlands in regard to culture, politics, economy, and security policy. The differing geographical positions of the two kingdoms led to diverging assessments of potential consequences for a Prusso-German foundation of the Reich. Belgium evaluated this development as especially problematic. Here it was recognized quickly that the kingdom, which by then was barely a few decades old, was threatened to be ground down between French

and Prussian interests. Great Britain's guarantee obligation to Belgium, which had existed since 1839, was not considered to be necessarily mandatory in this context. A statement by Lord Palmerston declaring that the guarantee contained the right to intervene, but no obligation to intervene, fueled doubts on Great Britain's readiness to come to Belgium's aid under all circumstances. The defenselessness of the Belgian Kingdom, whose sovereignty was still restricted under international law, was thus made apparent. These worries were confirmed as being justified by an article published in 1870 in the London Times, which, by the way, had been approved by Bismarck himself. The article states that an annexation of Belgium by France in the year 1866 had been considered during Franco-Prussian talks and would have been tolerated by Prussia. Corresponding rumors quickly spread throughout Europe and – from a Belgian perspective – turned Napoléon III. into its main threat. However, a dependence upon Prussia was out of the question because Prussia's procedure against Denmark indicated the kind of destiny that could befall a small neighboring state of Prussia or the German Confederation if their interests were affected. While associating itself with France would have been a viable exit strategy for Belgium in 1864, it was no longer a viable alternative after 1866. Instead, voices were raised in Brussels' government circles that called out for a closer cooperation, or even a federation, with Holland in order to seek protection from France's or Germany's cravings for annexation.

From a Dutch perspective, this option was out of the question – despite some benevolent comments coming from government circles. Unlike its southern neighbor, the Netherlands emphasized its consistent neutrality that ruled out any military cooperation or even alliances with third parties. But even The Hague had observed Prussia's advances and successes in 1864 and 1866 with great concern. By 1866, it was obvious for Dutch government circles that an urgent realignment of their own foreign policy had to be undertaken. Prior to 1864, the Netherlands saw its main threat situated south of the border. This was due to historical reasons and the fact that the foreign policy ambitions of the French Emperor were difficult to estimate. Conversely, by 1866 a situation had developed that had sandwiched the Dutch between two fronts against France and Prussia. The latter had by then attained hegemony in the German Confederation, whose membership also included the Netherlands through Luxembourg and Limburg. The willingness of the Dutch King to sell his Grand Duchy to the French emperor in order to gain peace from the great power's ambitions and also an ally against Prussia clearly shows how threatening the situation was assessed to be in The Hague.

As is generally known, Bismarck also leaked this plan, which brought about its downfall and paved Luxembourg's way into its – initially relative – state of independence and neutrality. Nonetheless, a fear about the “big ones” coming to an arrangement to the detriment of the “little ones” persisted in the Netherlands. Against this background, voices critical towards Prussia gained significance and increasingly overshadowed the pre-existing images of Prussia as a “Germanic sister nation”, a fellow brother in faith and comrade-in-arms against ultramontanism, and as a continental counterweight against France. This changed perception was primarily linked to Bismarck, who was viewed by the conservative Protestant Dutch as a cynical and unchristian proponent of power politics, who wanted to destroy the old legitimate and Christian order of Europe through the implementation of revolutionary coups. This growing anti-Borussianism gained

additional nourishment through many publicized treatises that demanded a closer alignment of Holland to Prussia and Germany – consider, for example, Treitschke's 1869 essay "The Republic of the United Netherlands".

Thereby it cannot be surprising that the sympathies of the Dutch lay mainly with the French after the outbreak of the war of 1870/71 – in spite of their animosity towards Napoléon III., who was held responsible for the outbreak of war. Furthermore, the mobilization of Dutch troops revealed shocking deficits in both their army and field fortifications, which led to the downfall of the incumbent government. Even though some military improvements were implemented, the new government emphasized its strict neutrality. At the same time, critical voices in the country were heard, demanding a fundamental examination of this position – which, by the way, was fed by rumors about renewed Prussians plans for the annexation of Luxembourg and doubts about Great Britain's willingness to intervene in the course of the war in case of a violation of neutrality.

Neither the annexation of Luxembourg, nor a violation of Dutch or Belgian neutrality ever took place, and Great Britain never had to choose between either intervening or having to tolerate a violation of neutrality. Admittedly, this was less a matter of the volition of Prussian or French policy-makers to preserve the integrity of the Benelux region than a result of the course of the war, where corresponding questions were not asked. If it would have been opportune, Bismarck would have relinquished Luxembourg to France without a doubt – and probably would have even accepted a French annexation of Belgium – if it would have improved Prussia or Germany's geostrategic position against France.

Basically, this was obvious to the people in power in The Hague and Brussels, and in this respect they were at first relieved about the Prussian victory and the foundation of the Reich. Except for a couple of bruises, they arose unscathed from the Franco-German War. Nonetheless, the war made clear how vulnerable both kingdoms and the Grand Duchy were in face of the still-existing Franco-German antagonism. The end of the war led to astonishment, unease, and concern on both sides of the Dutch-Belgian border. After all, the order established in Vienna in 1815, whose inherent principle of balance gave the smaller states of Europe at least the illusion of security against the ambitions of their bigger neighboring states, was now shattered irrevocably. It was less the German unity that triggered the noticeable unease, which was generally seen as justified, but rather the way in which Bismarck brought about the unification – on the backs of a number of small states. The fact that Belgium and Holland were ultimately spared was already declared to be a miracle by many attentive observers of the events in 1871.

The evaluations of the peace agreement went accordingly. On the Belgian side it was not assumed that its own fragile geostrategic position had been improved after the defeat of France. The Belgian ambassador in Bavaria, Jules Greindl, concluded that while France had been weakened through the loss of Alsace-Lorraine, it remained a European great power that still possessed over greater political leverage than it did during the reign of Louis XIV. Thus a recovery of strength of the southern neighbor, which would rebalance the predominance of the Reich in a couple of years, was soon to be expected. Greindl concluded, therefore, that a permanent peace settlement between France and Germany would never exist – not least because the "war of the cabinets" had been replaced by the "people's war". Emile Banning, foreign policy advisor to the King, came to the

conclusion that «cette catastrophe [the Battle of Sedan] en écartant définitivement de la Belgique tout péril d'invasion devint le point de départ d'une phase nouvelle de sa neutralité; la période active succèdera à la période diplomatique.»

So which possibilities of survival did a small state vested between two mutually hostile great powers, which also happened to be the ideal deployment area for the two in an event of war, have? Belgium's government tried to answer this question by implementing a double strategy. On the one hand, its policy of strict neutrality was to be continued on Europe's political stage. On the other hand, significantly more attention was given to the country's military defense than before. However, the increased fortification – especially in the Maas valley, Namur, Liège, and Antwerp – strained the national budget excessively and thus soon raised some complicated domestic and sociopolitical issues.

In 1887, the general secretary of the foreign ministry in Brussels, Auguste Lambermont, gave the existing defense efforts a sober review. He was already convinced in 1875 that Germany would definitely march into Belgium in case of a conflict with France, whose outbreak he expected to happen sooner or later. Germany would act either as the Belgium's guarantor if France's actions would give cause for concern, or as its aggressor in order to gain a strategic advantage. His exposé thus examined closely the political conflict of Europe and concluded that an affiliation of Belgium with an entente of European states would be the best solution – it was just unclear at that point in time how such an entente should be assembled. He was much more concrete on a different issue – he demanded an association with the Netherlands, which would considerably improve Belgium's geopolitical situation (and also that of the Netherlands, he emphasized) and, in addition, would allow for the eradication of the existing economic and trade policy conflicts between the two countries. This proposal was met with great approval by the Belgian Prime Minister Beernaert. He himself had already been pondering about a Dutch-Belgian defensive alliance for quite some time, and in his mind had already deployed joint troops. In the area between Maastricht and Liège, a Dutch battalion and 60.000 Belgian combatants were to secure the eastern border. Under international law such an alliance could be justified as a measure towards securing the neutrality of both states.

These kinds of mind games, which were simultaneously joined by plans for a Dutch-Belgian customs union, were followed with interest by the Netherlands. King William III. himself was open towards the idea of a convergence between the two states and thought about forming a dynastic alliance that would link the two royal houses through a future marriage between his young daughter Wilhelmina and the Belgian Prince Baudouin. Amsterdam's trade circles also positively evaluated the possible outcomes of an economic association with their southern neighbor. In the end, however, these considerations remained without tangible results. How to handle the Netherlands' colonial possession in the context of a customs union had turned out to remain an unsolvable problem around 1890. Furthermore, its own security situation was evaluated as being significantly less problematic than the one Belgium had to face. The Netherlands also deemed their own military forces strong enough to defend the neutrality of the country against aggressors. And even if German troops would march into the country, it was believed that neutrality could be preserved by simply retreating behind the waterline.

The relative calmness that spoke through this assessment of the situation was contrasted by the excitement of 1871. The contemporary mistrust towards the newly founded Reich and its political leadership had died down by then due to Bismarck's policy of preserving the status quo in Europe. A mid-1870s study of the Dutch foreign ministry even came to the conclusion that a Prusso-German victory over France would be an advantage for the Netherlands, while a French victory would probably lead to an annexation of the areas on the left bank of the Rhine, which in turn would lead to the downfall of Belgium and the Netherlands. Furthermore, Luxembourg and Limburg had already been separated from the German Confederation, turning their king into an unrestricted sovereign and thus preventing future entanglements with Germany like the one that Denmark had experienced. Some observers even declared the "German sword the protector of Belgium and the Netherlands" due to the monarchic form of the Reich's government being preferred to the one exemplified by the Paris Commune. A further reason for this Dutch paradigm shift was the remarkable economic upturn which the Netherlands had experienced during the Gründerzeit. The Rhine had already been freed from all custom duties in 1870 and was able to successfully compete with infrastructure projects such as the "Iron Rhine", the railway between Cologne and Antwerp. Due to Germany's export needs after 1871, Rotterdam had developed into a thriving Rhine port that profited from the industrial boom along the Rhine and Ruhr rivers and thus quickly replaced Amsterdam as the Dutch capital of trade.

In view of these successes, the Netherlands was willingly prepared to ignore those voices coming from the Reich that – due to the significance the Netherlands held for the German economic upturn – demanded a closer integration between the two states, such as a customs union. Others perceived the Dutch colonial empire to be the ideal space that would be able to satisfy all of Germany's colonial ambitions in one fell swoop.

The peak of the Netherlands' newly awakened pro-German attitudes was experienced from 1901 to 1905 and under the government of Abraham Kuyper, whose patriarchic Christian and organic political theory was largely fed by German role models. The Dutch open-mindedness towards the Reich and its culture was, however, utilized by Germany in a completely different sense that would not have been approved by the Netherlands: The Schlieffen Plan, which was mapped out during these years, and its intended military advance through the southern parts of the Netherlands would have put a heavy price on the pro-German policy of Kuyper's government. Just how much Germany's planning anticipated a high willingness to cooperate from the Dutch can be seen by the relinquishment of an inclusion of the southern Netherlands in the plan's revised version. It was modified under the aegis of Moltke after Kuyper's successors had distanced themselves from the Reich again.

However, after 1905 a military advance through Belgium's sovereign territory remained an integral element of the Schlieffen Plan. The political leaders in Brussels did not delude themselves about this. After 1904 (Entente Cordiale), 1905 (the resignation of Kuyper's government), and under the impact of the German-British naval armament race, the balance of power had been clearly distributed in such a way that Belgium was able to shift itself towards the two Western great powers – not least because it was thought that, unlike in 1890, Great Britain would now support the neutrality of Belgium actively if deemed necessary. Re-

cent assumptions by Henry Haag and Jean Stengers emphasize that the Belgian government simply ignored the Schlieffen Plan and its subsequent dangers for Belgium. Those conclusions were surely correct, but the Belgians also only had a very vague knowledge about the plan's goals. This raises the question concerning the possible alternatives that would have been available at the time. Germany's infringement on Belgium's neutrality in case of a war with France had been a core element of all security policy simulations since the 1870s. Due to its own limited defense capabilities, the failure of an alliance with the Netherlands, and a clear consolidation of forces into either central or western powers after 1904, the only option left for Belgium was a close alignment with the West and the hope for a British intervention in case of a violation of Belgium's neutrality. This was clear by 1912, when Belgium's envoy in Romania sent a report to King Albert, stating that the Romanian King told him in detail about Germany's plans for a war in the west. The report ended with the laconic sentence, „le miracle de 1870 ne se produirait plus“.

I have covered a chapter of Europe's history that, in my opinion, has been unjustly forgotten to a large extent. Of course, in representations of the history of Belgium and the Netherlands this chapter has been accounted for. However, in German, French or British studies about the history of the long 19<sup>th</sup> century this problem is generally overshadowed by the antagonism of the great powers. Furthermore, even the Belgian and Dutch historiography of the recent past dealt with this issue only marginally and rather unmethodically. This subject was last treated in Germany in Horst Lademacher's comprehensive studies from the 1960s and 1970s, while in France it was covered in the early 1990s by the works of Marie-Thérèse Bitschs. What is still missing is a comprehensive, systematical, and record-based reevaluation of the subject-matter, which should be less based on national point of view, and more on a pronounced European perspective. The kind of potentials that slumber within this perspective can be seen in the example of Lambermont's exposé. He conducted a razor-sharp analysis of Europe's political complex of problems and – from the view of the historiography of integration in Europe – drew some remarkable conclusions. He stated, for example, that Belgium's security could only be ensured through an entente of the European states. Obviously, it was not apparent to him how this entente should look. As an alternative solution he recommended an alliance with the Netherlands; not only in regard to security policy, but also in respect to economics. In doing so, he formulated the guidelines that were largely pursued by Paul-Henry Spaak, Jan-Willem Beyen, and Joseph Bech in the context of the 1950s Messina process – tellingly during a time in which the European integration project was threatened to fail due to the politics of national interests. Particularly a view into the memoirs of Spaak demonstrate how much his thoughts were molded by the virtually hopeless issue of his country, which was threatened to be ground down between the national interests and ambitions of two great powers. The resulting consequences for him and the other representatives of the Benelux states were thus clear: The root causes of the problem had to be eliminated by creating institutions that would elevate the protection of national interests onto a supranational level.

In this respect, the history of the Benelux region in the field of tension between the European great powers of the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> centuries can be seen as a lesson for the limits, but also the possibilities of European politics. I think that we as direct neighbors and participants would be well-advised to study this subject-

matter more intensively. This does not only concern academic research and should thus be carried further. I can imagine, for example, that this subject-matter would be suitable for project weeks in schools, especially in connection with excursions into the neighboring countries. In this way, pupils can enter into dialogue with their peers, exchange experiences, and get a feel for the *genius loci*. This would be living history and breathe new life into an unjustly forgotten chapter of European history.

Finally, I would like to come back to my theses formulated earlier on: I tried to show that the experiences the Benelux states went through during the phase of European High Imperialism left a lasting impact on the attitude these states held during the beginnings of the European integration process. The apparent insolvability of the issue of being a minor state trying to survive on the long-term between the rival interests of the great powers provided for an integration dynamic in this area that influenced the three other states participating in the integration process of the 1950s and helped to overcome the existing difficulties that resulted from the EDC-crisis of 1954. I thus also showed how important the inclusion of the 19<sup>th</sup> century is for all those studies that deal with questions concerning the European history of the second half of the 20<sup>th</sup> century. Ultimately, all those structures and paradigms formed in the course of the 19<sup>th</sup> century, which the European project wanted to leave behind after 1950, had a sustained influence on the course of Europe into the present.

Through their activities, the research group “Ces Chers Voisins”, which encompasses historians from Belgium, Luxembourg, the Netherlands, France, and Germany, would like to contribute to raising awareness for the national, institutional and personal relationships of this part of Europe. For this purpose, a series of conferences has been taking place since 2007 in Strasbourg, Louvain-la-Neuve, Brussels and Cologne. The collected contributions in this volume are revised and updated versions of lectures that took place in Cologne during the conference “Ces Chers Voisins. Benelux. Deutschland und Frankreich im 19. Und 20. Jahrhundert” between the 19<sup>th</sup> and 21<sup>st</sup> of November, 2008. In this context, I would first like to thank the city of Cologne, which provided the council chamber to the organisers. The entire project could not have been undertaken without the active and generous support of the Chancellery of the state North Rhine-Westphalia. For this I would like to extend a very special thanks from Cologne to Düsseldorf! Our other friends, sponsors, and supporters of this project should also not be forgotten here. In this context, I would like to thank: the Université Robert Schuman, Strasbourg, the Université Catholique Louvain-la-Neuve, the German-speaking Community in Belgium, the Institut Français, Cologne, the representation of the European Commission in Bonn, the state ministry of the Grand Duchy of Luxembourg, the foreign ministry of the Kingdom of the Netherlands, the Foundation Federal Chancellor Adenauer House, Rhöndorf, and the Center for Comparative European Studies of the University of Cologne. I would also like to thank the authors of this volume for their patience during the times when the printing date was being repeatedly delayed. This issue was connected to the basic principle of the “Studies of the History of the European Integration”, which strives to deepen Europe’s academic discourse through its trilingual approach.

Unfortunately, this goal repeatedly leads to delays, which can also be interpreted as a hint for the tangible language barriers that occasionally throw obstacles into the cross-border academic discourse. I would also like to thank Sebas-



tian Funk and Kristina Weiß for solving even the most persistent problems linked to the publication of this book. Unfortunately, one of the contributions that had been received with positive feedback during the conference could not be printed in time for this volume. Jörg Engelbrecht from the University of Duisburg-Essen reported on "Neutral-Moresnet. Ein Kuriosum im deutsch-belgischen Grenzraum". However, on the 9th of June, 2006, the holder of the chair of Regional History of the Rhine-Meuse region, director of the Institute for Cultural History of the Lower Rhine and Regional Development, and highly esteemed colleague, died far too young at the age of 60. This volume is thereby dedicated to the memory of Jörg Engelbrecht.